S1NEU Platz da, eine Stadt für alle!

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Schwerpunkt (Stadtentwicklungspolitik)

Bayerische Städte wachsen. Diese Tatsache stellt die in den Städten lebenden Menschen, aber auch die Gesamtgesellschaft, vor große Herausforderungen. Eine Stadtentwicklungspolitik, die gleichzeitig Rücksicht auf Umwelt- und Klimaschutz und auf die Bedürfnisse der Stadtbewohner*innen nimmt, ist notwendig. Platz da, wir fordern eine Stadt für alle!

Stadtentwicklung, mit den Menschen!

Wir möchten, dass sich Menschen in ihrer Kommune engagieren können. Für die Entwicklung der Stadtgesellschaft ist es essentiell, dass die Menschen bei wichtigen Weichenstellungen mitentscheiden dürfen. Die Beteiligungskultur in den Städten muss deswegen auf allen Ebenen ausgebaut werden, indem die Menschen dauerhaft mit einbezogen werden und ihre Mitverantwortung ausgebaut wird. Durch unterschiedliche Beteiligungsformen muss versucht werden, ein möglichst breites Spektrum der Bevölkerung zu erreichen.

Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, Verantwortung für die Stadtentwicklung zu übernehmen und sich konstruktiv an Zukunftsprozessen zu beteiligen. Die Möglichkeiten zur Beteiligung sind vielfältig. Regelmäßige Stadtteilversammlungen verbessern den Austausch zwischen Bevölkerung, Stadtpolitik und Verwaltung. Mit Bürger*innengutachten, Planungs-Workshops und allgemein der frühzeitigen Information und Einbindung der Anwohner*innen können Bauprojekte von Anfang an so geplant werden, dass möglichst viele damit einverstanden sind. Das spart Zeit und erhöht die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein einfaches Durchwinken von Bauprojekten darf es in Zukunft nicht mehr geben! Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen eine zwingende Bürger*innen-Beteiligung bei allen Neubauprojekten der öffentlichen Hand sowie bei allen privaten Bauprojekten, die gestaltenden Einfluss auf das Stadtbild haben.

Auch bei anderen richtungsweisenden Entscheidungen müssen die Bürger*innen ein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht bekommen. Letzteres kann zum Beispiel über Ratsbegehren funktionieren. Um bei solchen Entscheiden eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erzielen, spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern dafür aus, bei Rats- und Bürger*innenentscheiden allen Wahlberechtigten ihre Briefwahlunterlagen direkt zuzustellen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich dafür ein, dass in allen Städten und Gemeinden Informationsfreiheitssatzungen beschlossen, Onlineratsinformationssysteme etabliert und öffentliche Stad- und Gemeinderatssitzungen live übertragen werden. Darüber hinaus muss die Bayerische Gemeindeordnung dahingehend geändert werden, dass eine Live-Übertragung aller kommunalen Mandatsträger*innen ohne deren Einverständniserklärung zum Standard wird. So wird Stadtpolitik transparent und Mitsprache angeregt.

Wer Stadt sagt, muss auch Wohnung sagen!

Steigende Mieten sind in der ganzen Republik ein großes Problem. Auch bayerische Städte wie zum Beispiel München und Würzburg sind betroffen. In der Landeshauptstadt sind die Mieten seit 2012 im Schnitt um 21% gestiegen, in

Würzburg sogar um 22%. Die bayerische Staatsregierung hat es in den letzten Jahren versäumt, Geld in bezahlbaren Wohnraum zu investieren und stattdessen die staatliche Wohnungsbaugesellschaft GBW mit 33.000 Wohnungen verkauft, was die Situation weiter verschlechtert hat.

Leider wird Wohnraum in Bayern zurzeit oft so geschaffen, dass an Siedlungsrändern und auf der grünen Wiese Wohngebiete für Einfamilienhäuser geschaffen werden, obwohl innerorts oft Bauplätze frei sind. Damit steigt der Flächenverbrauch in Bayern massiv und wichtige landwirtschaftliche Flächen und Naturräume gehen verloren. Deshalb setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern für die Nachverdichtung auf ökologisch-unsensiblen und innerstädtischen Flächen ein.

Steigende Mieten sind insbesondere für junge und arme Menschen ein Problem. Jugend und Armut wird aus den Stadtzentren an den Rand gedrängt. Die Teilhabe am sozialen Leben in den Innenstädten wird so erschwert und die Diversität der Stadtzentren sinkt. Stadt muss bezahlbar bleiben, deshalb ist eine wirksame Durchsetzung der Mietpreisbremse notwendig.

Es ist nicht hinnehmbar, dass selbst in größeren Städten noch immer keine Mietspiegel existieren. Mietspiegel schützen Mieter*innen und können überzogene Mieterhöhungen verhindern. Wir fordern deswegen den rechtlichen Rahmen dafür zu schaffen, dass alle Städte mit mehr als 20.000 Einwohner*innen einen Mietspiegel einführen müssen.

Außerdem fordern wir den Freistaat Bayern auf seinen Kommunen ein Online-Tool bereitzustellen, mit welchem sich die Einwohner*innen barrierefrei und einfach die ortsübliche Vergleichsmiete anzeigen lassen können.

Das Angebot an barrierefreiem Wohnraum auf der einen Seite und Wohnraum für Menschen, die in Armut leben müssen sowie Wohnraum für Auszubildende, Studierende und Schüler*innen auf der anderen Seite muss deutlich ausgebaut werden. Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum ist eine wichtige Investition in die Zukunft, von der junge Menschen genauso wie Rentner*innen profitieren.

Bayern braucht dringend mehr Miet- und Studierendenwohnungen, sowie energetische Modernisierungsmaßnahmen und barrierefreien Umbau zahlreicher Wohnungen. Deshalb muss der soziale Wohnungsbau in allen Lagen mit einer Milliarde Euro jährlich durch den Freistaat gefördert werden.

Vorfahrt für Menschen, nicht für Autos!

Bayerische Städte, insbesondere München, gehören zu den dreckigsten Städten der Republik. Dafür sind vor allem Autoabgase verantwortlich. Die Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub werden immer wieder weit überschritten. Die Schadstoffbelastung führt zu Erkrankungen der Atemwege und des Herz-Kreislaufsystems, im schlimmsten Fall sogar zu Krebs.

Unser Ziel ist der schnellstmögliche Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor. Es reicht jedoch nicht, alle Autos mit Verbrennungsmotor durch solche mit Elektromotor zu ersetzen. Der öffentliche Raum gehört allen, nicht nur den Autofahrer*innen! Damit wir trotzdem mobil bleiben, muss gerade in den Ballungszentren der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) massiv ausgebaut werden. Um allen Menschen auch nachts einen sicheren, bequemen und kostengünstigen Nachhauseweg zu ermöglichen, wollen wir ein Förderprogramm für

Nachtverkehrsverbindungen. Zudem streben wir mittelfristig einen komplett ticketlosen ÖPNV an.

Gerade in großen Städten hat sich das Fahrrad inzwischen zu einem wichtigen Fortbewegungsmittel entwickelt. Wir fordern deswegen den flächendeckenden Ausbau der Radinfrastruktur: z.B. den Bau von Radschnellwegen und allgemein den Ausbau des Radwegenetzwerkes, kostenlose Bike-Sharing-Angebote, sichere Rad-Stellplätze und E-Bike-Ladestationen. Um das Radfahren zu erleichtern, muss auch der Bau von Radstellplätzen gefördert werden sowie Fahrräder im ÖPNV und der Bahn kostenlos mitgeführt werden dürfen.

Wichtig ist uns auch der Ausbau von E-Car-Sharing-Angeboten. Ebenfalls setzen wir uns für P&R-Parkplätze an den Stadträndern ein.Außerdem fordern wir den konsequenten Ausbau von Fußgängerzonen in den Innenstädten und Stadtteilzentren.

Klimaschutz fängt im Kleinen an, Städte vor Überhitzung schützen!

Mit diesen verkehrspolitischen Maßnahmen werden die Städte deutlich sauberer. Doch auch dann sind sie in Zeiten des Klimawandels immer noch gefährdet, im Sommer zu überhitzen. Gerade wenn sich Städte in Talkesseln befinden, wird die Anzahl der Hitzetage (Tagesdurchschnittstemperatur über 30 °C) bis zum Ende des Jahrhunderts deutlich zunehmen. Die effektivste Maßnahme dagegen ist die Anlage von Grünflächen in der Stadt: Wir fordern deswegen Landesförderprogramme für die Umwandlung von Parkplätze in Grünanlagen und Urban-Gardening-Projekte, für Begrünungsmaßnahmen an Gebäudewänden und -dächern sowie allgemein die Anlage von Parks, kleinen Grünflächen, Blühflächen und Stadtbiotopen. Die oft vorherrschenden Beton- und Asphaltwüsten sind ein Relikt des 20. Jahrhunderts! Wir schaffen städtischen öffentlichen Lebensraum, der zum Klima- und Naturschutz beträgt, für alle kostenlos zugänglich ist und zum Verweilen einlädt.

Mit CO2-Minderungskonzepten für jede Stadt, flächendeckenden Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsberichten und Klimaschutzkonzepten für die gesamte Region entwickeln sich Städte in eine zukunftsfähige Richtung. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert außerdem, dass in allen Städten Gebäudesanierung gefördert und Passivhausbauweise zum Standard wird.

Schnelles Internet für alle und Freifunk ausbauen!

Nicht nur auf dem Land, auch in den Städten mangelt es noch immer an schnellem Internet. Deswegen muss der Breitbandausbau in Bayern mit Glasfaserkabeln zu allen Haushalten bis 2025 fertiggestellt sein. Die Freifunk-Initiative muss vom Freistaat als gemeinnützig anerkannt und gefördert werden, um mehr kostenlose WLAN-Zugänge für alle Menschen zu ermöglichen. Im ÖPNV muss es so schnell wie möglich kostenloses WLAN geben, wenn möglich in Kooperation mit den Freifunk-Initiativen.

Kultur für die Gesellschaft, nicht für den Profit!

Für viele Städte ist ihr kulturelles Angebot prägend. Neben den klassischen Kulturangeboten wie Theater oder Konzerthäusern existiert oftmals auch eine rege subkulturelle Szene, die gerade für junge Menschen sehr wichtig ist und als Ankerpunkt für das soziale Leben in der Stadt fungiert.

Alternative und selbstverwaltete Jugendkultur muss deswegen genauso selbstverständlich Fördermittel erhalten können, wie das bei Mainstream-

Kulturprojekten und etablierten Veranstaltungen der Fall ist. Dabei muss sichergestellt sein, dass auch arme Menschen Zugang zu Kulturangeboten erhalten. Niemand sollte aufgrund von Armut vom sozialen und kulturellen Leben in den Städten ausgeschlossen werden! Wir fordern deswegen, dass in allen Städten Sozial-Kulturtickets eingeführt werden.

Ebenfalls stehen die Städte und Gemeinden in der Verantwortung, Raum für Jugendliche zu schaffen. Ob das nun der Bolzplatz um die Ecke ist, ein Jugendzentrum, in dem Künstler*innen Raum finden, oder Probe- und Auftrittsräume für junge Musiker*innen, ist zunächst zweitrangig. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für ein breit gefächertes Kulturangebot in den urbanen Zentren ein, in dem alle Menschen ihre Nische finden und gerade auch junge Menschen sich selbst verwirklichen können!

Drogenkonsumräume und Drug-Checking auch in Bayern!

Immer noch sterben in Bayern zu viele Menschen, weil Drogen kriminalisiert werden und eine Prüfung der Substanzen auf Verunreinigungen oder gar eine kontrollierte Abgabe deswegen unmöglich ist. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich daher für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen ein. Drogenkonsumräume ermöglichen Akuthilfe bei einer lebensgefährlichen Überdosis, tragen zur Vermeidung von Infektionskrankheiten durch unhygienische Bedingungen beim Konsum bei und sind eine wichtige Möglichkeit, suchtkranke Menschen an weiterführende Hilfsangebote zu vermitteln. Drogenkonsumräume sind damit eine wichtige Ergänzung zu Suchtberatungsstellen und in Städten ein wichtiges infrastrukturelles Angebot!

Gedenken an die Opfer, nicht die Täter!

In quasi jeder Stadt wird mit Straßennamen, Bauten oder Denkmälern an Menschen aus der jeweiligen Stadtgeschichte gedacht. Für die GRÜNE JUGEND Bayern gehört dazu auch ein umfassendes Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und die konsequente Entfernung von Straßennamen oder Denkmälern, die sich positiv auf Täter*innen des Nationalsozialismus beziehen. Kein Täter*innengedenken in bayerischen Städten!

Darüber hinaus sind in vielen bayerischen Städten Glorifizierungen und Verharmlosungen der deutschen Kolonialgeschichte zu finden. Noch immer tragen Straßen die Namen von Personen, die in den deutschen Kolonien für die Ermordung und Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung verantwortlich waren. In den letzten Jahren wurden zwar bereits einige Straßen umbenannt und andere mit Hinweisschildern versehen, aber die Aufarbeitung hat hier gerade erst begonnen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die konsequente Umbenennung aller Straßen und Plätze, die nach deutschen Kolonialverbrecher*innen benannt sind.

Gutes Leben in Stadt UND Land!

Junggrüne Politik ist Politik für alle Menschen. Ob in der Stadt, auf dem Land oder dazwischen - wir stehen für ein gutes Leben unabhängig vom Wohnort. Von Nahversorgung und Bildung mit kurzen Wegen, gut ausgebautem und mittelfristig ticketlosem ÖPNV bis zu kulturellen Angeboten - all das muss für alle zugänglich sein!

Begründung

Erfolgt mündlich.